

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Amtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachsatz; die 3gespaltene Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 69

Stolp, Mittwoch, den 23. März 1927

51. Jahrgang

## Deutschlands Außenpolitik.

Reichstagsrede Stresemanns.

Berlin, 22. März.

Am Regierungstisch des Reichstags Außenminister Dr. Stresemann. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushalts des Auswärtigen Amtes. Abg. Hochsch (Deutschn.) berichtet über die Ausschussverhandlungen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann nimmt dann sofort das Wort und beschäftigt sich zunächst mit dem Haushalt des Auswärtigen Amtes, bei dem er den allmählichen Abbau der Passgebühren als besonders begrüßenswert hervorhebt. Der Minister fährt dann fort: In den vergangenen Jahren habe ich in einer Erörterung der außenpolitischen Fragen die Aufgaben unserer Außenpolitik im Rahmen der Beziehungen Deutschlands zu einzelnen fremden Staaten erörtert. Die großen Fragen, um die es sich für uns speziell handelte, sei es die Reparationsfrage, die Rheinlandsfrage, die Sicherheitsfrage oder die Völkerbundsfrage, waren so gelagert, daß unsere Stellungnahme zu ihnen sich aus den Fragen selbst und unserem Verhältnis zu denjenigen Ländern ergab, die uns dabei gegenüberstanden. Lassen Sie mich heute in meiner Rede einen anderen Weg gehen. Wir leben in der gesamten Weltweite Entwicklung, die uns zwingen, bei unseren außenpolitischen Erwägungen mehr und mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen. Dabei denke ich an drei große internationale Fragekomplexe. Wir sehen einmal höchst

bedeutende Vorgänge, die sich im fernen Osten abspielen. Wir sind ferner Zeuge von ersten Auseinandersetzungen zwischen zwei großen Ländern, deren Politik für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist. Dazu kommen in den letzten Tagen überraschende Nachrichten, die darauf hindeuten, daß auch die mit der Lage auf dem Balkan zusammenhängenden internationalen Beziehungen Elemente der Unsicherheit aufweisen. Man wird gut tun, von den alarmierenden Meldungen, mit denen zunächst über die letzteren Vorgänge berichtet wurde, viel abzusehen. So weit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, glaube ich nicht, daß irgendwo eine echte Gefahr besteht. Ich glaube das insbesondere aus den Mitteilungen schließen zu können, die wie in der Presse bereits bekanntgegeben, die italienische Regierung uns in diesen Tagen zugehen ließ. Der Wille, Europa vor jeder Kriegsgefahr zu bewahren, hat in allen Ländern so stark Wurzel geschlagen, daß ein Friedensbruch der Weltverurteilung verfallen würde. Von einer endgültigen Konsolidierung der allgemeinen internationalen Lage sind wir allerdings noch weit entfernt. Wir müssen deshalb auch diejenigen Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, die unsere eigenen Aufgaben zunächst nicht zu berühren scheinen. Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Jahren weitgehend geklärt. Wir haben nur das eine große Interesse, daß die Entwicklung nicht unterbrochen und die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit nicht gestört werden. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbindnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs widersprechender Interessen fördert. Darum werden die besprochenen Ereignisse an der grundsätzlichen Einstellung unserer Außenpolitik nichts ändern. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Es versteht sich von selbst, daß wir uns in dieser Situation von jeder unnötigen Einmischung fernzuhalten haben. Sobald Deutschland aber zu einer Mitwirkung berufen sein sollte, kann sein Bemühen nur darauf gerichtet sein, zur Beseitigung der Spannungen beizutragen. Der Minister erklärt, daß er sich angesichts der gegenwärtigen Lage auf diese allgemeinen Bemerkungen beschränken wolle. Zu seiner Überraschung hätten einzelne russische Zeitungen plötzlich wieder die Frage aufgeworfen, ob Deutschland bei Verwicklungen der Truppen den Durchmarsch zu gestatten habe. Für die Frage des Durchmarschrechts komme ausschließlich Artikel 16 der Völkerbundschartung nach Maßgabe der Locarno-Vereinbarungen in Betracht. Weitere Abmachungen über diese Frage beständen nicht. Auch der Sowjet-Regierung sei der ganze hiermit zusammenhängende Fragenkomplex bekannt. Es sei deshalb erklärlich, daß russische Blätter es für angebracht halten, die Wahrheit und Vollständigkeit der offiziellen deutschen Erklärungen in Zweifel zu ziehen. Zu neuen Erklärungen liege kein Anlaß vor. Der Minister geht dann zu den deutschen Fragen über und verweist auf die zwei Tagungen des Völkerbundsrats, an denen Deutschland teilgenommen habe. Die Ergebnisse dieser Tagungen umfassen die Regelung des Untersuchungsprotokolls, die Aufhebung der Militärkontrolle, den für spätere Juni vorgesehenen Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet und die Errichtung des dortigen Bahnschutzes, sowie Fragen der Behandlung deutscher Minderheitsschulen. Die Tagungen des Völkerbundsrats haben, so erklärte der Minister, einen neuen Beweis dafür gebracht, wie richtig der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war. Wir sehen unsere Mitgliedschaft keineswegs nur als ein aus opportunistischen Gründen gewähltes Mittel an, um unsere Sonderinteressen zu fördern. Die Deutschland berührenden Fragen stehen aber auch im Völkerbund in der vordersten Reihe, weil er auch zum Vollstrecker einer Reihe von Bestimmungen des Versailler Vertrages gemacht worden ist. Gewiß ist es nicht in allen Fragen gelungen, den deutschen Standpunkt restlos zur Geltung zu bringen und es waren Kompromisse notwendig. Es zeugt von der Stabilität des Völkerbundes, daß der Völkerbundsrat sich durchaus tragfähig erwiesen hat für die offene Diskussion, wie sie lebhaft dort stattgefunden hat. Gerade diese offene Diskussion und die Möglichkeit zu vertrauensvoller Aussprache mit den leitenden Staatsmännern berechtigten zu der Erwartung, daß der loyale Verständigungswille auch von der Gegenseite in den großen Fragen bewiesen wird, deren Lösung noch vor uns liegt. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir uns von der Erfüllung unseres Wunsches auf baldige Räumung des Rheinlandes eher entfernt haben. Die Ursachen liegen außerhalb, nicht innerhalb Deutschlands. Angesichts des augenblicklichen Standes der Dinge ist es aber ratsam, die weitere Entwicklung der Dinge ohne Unterbreche der Augenblick abzuwarten. Das ist nicht gleichzusetzen mit dem Gedanken passiver Resignation seitens der Regierung. Auch im Abwarten kann ein Moment enthalten sein, das die ganze Entwicklung in unserem Sinne fördert. Die alsbaldige Räumung des Rheinlandes kann ohne den guten Willen der anderen beteiligten Mächte schwer erreicht werden. Es wird und muß auch im Auslande die Erkenntnis reifen, daß das, was wir erstreben, nicht eine bloße Vergünstigung für Deutschland ist. Es gibt in dieser Forderung keine Differenzierung unter den deutschen Parteien. Sie ist eine Forderung des gesamten Volkes. Von der Volkvertretung und der öffentlichen Meinung erbitten wir das Vertrauen, der Regierung die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weiteren Verlauf der Dinge zu tun sind. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) gibt seiner Sorge Ausdruck wegen der drohenden Wollen am außenpolitischen Horizont. Immerhin habe der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Beseitigung der Militärkontrolle die Aussichten einer Verständigung mit Frankreich verstärkt. Aus der deutschen Abrüstung müssen die Folgerungen auch vom Ausland gezogen werden. Wir bedauern, daß der Völkerbund in China noch nicht so einreisen kann, daß eine Friedensgefährdung durch die innerchinesischen Kämpfe von vornherein ausgeschlossen wird. Der Redner empfiehlt eine Verständigung mit Polen. Der italienisch-jugoslawische Konflikt ist entstanden durch friedensfördernde Reden Mussolinis. Deutschland müsse sich dabei natürlich völlig neutral verhalten. Der Redner erblickt in dem Genfer Ergebnis einen Misserfolg Deutschlands. Die Deutschen hätten eine zwiespältige Politik getrieben. Sie erwecken das Mißtrauen des Auslandes und erschweren eine vernünftige deutsche Außenpolitik. Zu Stresemann hätten die Sozialdemokraten früher Vertrauen gehabt. Dieses Vertrauen müsse jetzt suspendiert werden. Stresemann werde wohl seine Politik fortsetzen wollen, aber seinen deutschnationalen Mitarbeiter müsse man mißtrauen. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Reichsaußenminister Dr. Stresemann bedauert die Ausführungen Breitschheids, in denen Mussolini als Friedensstörer bezeichnet wird. Abg. Dr. Spahn (Deutschn.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der zu dem Ergebnis der letzten Verhandlungen des Völkerbundsrates Stellung genommen wird. Weitestreife Kreise des Volkes hätten von den letzten Genfer Verhandlungen nicht nur eine befriedigende Regelung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen, sondern eine wirksame Förderung des deutschen Anspruchs auf baldige Räumung von Rhein- und Saargebiet erwartet. Bedauerlicherweise seien diese Erwartungen enttäuscht worden. Auch die für Deutschland besonders wesentlichen Beschlüsse des Völkerbundsrates über die Verhältnisse im Saargebiet und in Oberschlesien seien für Deutschland unbefriedigend. Es sei eine Aufgabe der deutschen Politik, im Völkerbundsrat das deutsche Recht selbst dann zu wahren, wenn im gegebenen Augenblick dafür die Mehrheit noch nicht zu erreichen sei. Die statt dessen geschlossenen Kompromisse seien auch praktisch unbefriedigend. Der sogenannte Bahnschutz sei nur eine andere Form militärischer Besetzung. Ebenso bedeute die Entscheidung über die obereschlesischen Schulkinder eine Mißachtung des völkerrechtlich gesicherten Anspruchs der Eltern und eine Verletzung der nationalen Verhältnisse in Oberschlesien. Die gefassten Beschlüsse des Völkerbundsrates, so heißt es in der Erklärung weiter, für die das Kabinett die Verantwortung übernommen hat, sind nimmehr auch für uns die gegebenen Grundlagen für unsere weitere Arbeit. Dabei geben wir der Erwartung Ausdruck, daß Außenminister und Kabinett in enger Fühlung miteinander dafür sorgen, daß der deutsche Rechtsstandpunkt bei den weiteren Verhandlungen im Völkerbund eingehalten wird. Die Aufrechterhaltung der Besetzung hat nach den von Deutschland gegebenen Sicherheiten jeden Sinn verloren. Sie steht mit dem neuen Geiste, der das Er-

gebnis der Verhandlungen sein sollte, in unauflöslichem Widerspruch. Ihr Aufheben ist eine unerlässliche Voraussetzung der Verständigung und Befriedigung, die nach den wiederholten und feierlichen Erklärungen aller Staatsmänner von allen Mächten erstrebt wird. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Kaas (Ztr.) erklärt, gegenüber der starken Aktivität der deutschen Außenpolitik in den vergangenen zwei Jahren bestehe heute das Gefühl einer bedenklichen Verfestigung. In Frankreich ist die deutsch-französische Verständigungsaktion unzulänglich ins Stoden geraten. In dieser an sich wenig vorteilhaften Entwicklung bildete die Regierungs- und die parlamentarische Entwicklung ein erschwerendes Moment. So wenig wir daran denken, an den grenzpolitischen Rechtsansprüchen Deutschlands gegenüber Polen, an der Forderung der Korrektur des Unrechts in Oberschlesien, am Korridor und in Danzig irgendwie rütteln zu lassen, so müssen wir doch die Schaffung friedlicher Wirtschaftsbeziehungen mit Polen fordern. In der Frage der obereschlesischen Schulen glauben wir uns mit der Haltung der deutschen Delegation, wenn auch nur widerstrebend, abfinden zu können. Zur Saarfrage erklärt der Redner, daß die Saarbestimmungen des Versailler Vertrages heute schon als ein eklatanter Fehlschlag dastehen, und daß die Volksabstimmung für die Gegenseite vollständig hoffnungslos ist. Je fadenscheiniger die sachliche Motivierung des französischen Bahnschutzes ist, um so deutlicher als wahrer Grund der beschließhaberiische Wille und der Druck des französischen Generalstabs. Die gänzliche Räumung des Rheinlandes ist unbedingte Voraussetzung für das Zustandekommen einer Annäherung der beiden Nachbarvölker.

Zwischen ist ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen Dr. Stresemann eingegangen.

Abg. Freiherr von Rheinbaben (D. Vpt.) regt die Wiedereinführung von Kleinen Anträgen auf außenpolitischen Gebieten an. Das Ergebnis von Genf sei keineswegs befriedigend.

Der Wert der Locarno-Verträge liege darin, daß die geschlossene Front gegenüber Deutschland durchbrochen sei. Allerdings hätten die Besatzungsmächte ihr Wort bezüglich der Auswirkung von Locarno gebrochen. Die „fühlbare Herabsetzung“ der Besatzungstruppen, die geltendes Völkerrecht sei, sei niemals Wirklichkeit geworden. Das Versprechen, mit dem man uns damals zur Unterschrift veranlaßt, war eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. (Zustimmung rechts.)

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Mittwoch 1 Uhr Weiterberatung.

## Deutschland fordert Abrüstung.

Eine grundsätzliche Erklärung.

Genf, 22. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Abrüstungsausschusses gab Graf Bernstorff eine grundsätzliche Darstellung des deutschen Standpunktes zum Abrüstungsproblem.

Er betonte mit allem Nachdruck, daß nach vielen mühsamen Verhandlungen der Sachverständigen nun auch Taten folgen müßten. Wir müssen, so fuhr Bernstorff fort, uns klar darüber sein, daß die Blide, namentlich der Kleinen und der bereits abgerüsteten Staaten wieder einmal auf Genf gerichtet sind. Die Verantwortung für eine Enttäuschung dieser Staaten würde wohl niemand übernehmen wollen; gerade die auf Grund der internationalen Verträge abgerüsteten Staaten, also in erster Linie Deutschland, haben ein Recht darauf, daß nimmehr die allgemeine Abrüstung erfolgt, nachdem zumal die deutsche Abrüstung restlos durchgeführt ist. Diese Abrüstung sollte ja nach dem Versailler Vertrag schon die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung sein, wie das auch in aller Form von mehreren Delegierten dieser Kommission ausgesprochen worden ist. Mit Befriedigung begrüßen wir den praktischen Vorschlag Lord Cecil, auf dessen Entwurf noch näher einzugehen sein wird. Eine Teillösung wäre unbefriedigend. Das Problem ist vielmehr in seiner Gesamtheit zu erfassen. Von den zwei Seiten des Problems: Der Herabsetzung und der Bearezung der Rüstungen, ist die letztere weniger aktuell, da wenigstens gegenwärtig ein Wettläufer nicht erfolgt. Was aber auf uns lastet, ist das Gewicht übermäßiger Rüstungen und die Gefahren des unausgeglichenen Rüstungsniweaus; diese Unausgeglichenheit macht die Wirkungsmöglichkeiten des Völkerbundes im Interesse der Friedenssicherung problematisch. Unsere wichtigste Aufgabe ist also die Herabsetzung der Rüstungen, nach dem Worte des Vertreters Italiens, die Revision des gegenwärtigen Rüstungszustandes. Es müssen effektive Ergebnisse erzielt, Scheinlösungen, die nur neue Gefahren bringen, vermieden werden. Zu ersterer Mitarbeit beim Werke wahrhafter Abrüstung entschlossen, könnte die deutsche Regierung unbefriedigenden Lösungen ihre Zustimmung nicht geben. Endziel muß eine An- und Ausgleichung der Rüstungen sein, die allein dem Völkerbund solche Aktionsmöglichkeiten gewährt. Nach Feststellung dieses Endzieles werden die Wege zu suchen sein, auf denen es eventuell durch Debatten erreicht werden kann. Die Vorbereitende Kommission hat den Erfolg der kommenden allgemeinen Abrü-





### Statt jeder besonderen Anzeige.

Am Sonntag, den 20. März entschlief sanft im 50. Lebensjahre infolge eines Herzleidens im Krankenhaus zu Stettin, mein über Alles geliebter Mann, der Vater unserer sieben kleinen Kinder, der

Rittergutsbesitzer

# Wilhelm von Zitzewitz

auf Bornzin, Groß- und Klein Cien und Klein-Dübrow,

Hauptmann der Res. des 1. Garde-Feldart.-Regts., Rechtsritter des Johanniter-Ordens, Ritter des Kgl. Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, Inhaber der Rettungsmedaille u. a. m.

Henriette von Zikewitz

geb. von der Wjg  
auch im Namen der Geschwister.

Beerdigung in Bornzin, Donnerstag, den 24. März 1927, 4 Uhr nachm. Abholung Bahnhof Stolp für die Blüze 2,44 nachm. aus Berlin, 2,41 nachm. aus Danzig kommend.

Am 20. März ds. J<sup>rs</sup>. verstarb

Herr Rittergutsbesitzer, Hauptmann a. D.

# Wilhelm von Zikewitz-Bornzin.

Von tiefem Schmerz erfüllt, trauern wir am Grabe dieses so früh den Seinen und seinem Wirkungskreise entrissenen Mannes. Durch Abstammung und Besitz dem Stolper Kreise angehörend, war er mit seinen Interessen und Beziehungen mit warmem Herzen verbunden und erfreute sich bei der Bornehmheit und Gradheit seines Charakters und seines freundlichen Wesens allenthalben ungeteilter Zuneigung und Wertschätzung. Neben der Bewirtschaftung seiner Güter versah er in der Zeit von 1909 bis 1919 das Amt des Amtsvorstehers für den Amtsbezirk Großdübrow und führte ferner seit 1909 die Amtsgeschäfte des Amtsbezirks Bornzin, bis schwere Krankheit ihn zwang, dieses Amt wenige Tage vor seinem Tode niederzulegen. Während eines zwölf-jährigen Zeitraumes von 1909 bis 1921 gehörte er dem Kreistage an. In allen diesen Ämtern und als Mitglied verschiedener Kreis-Kommissionen hat der Entschlafene stets mit regstem Interesse und vorbildlicher Pflichttreue am öffentlichen Wohle mitgearbeitet und sich seinen Ehrenämtern mit Hingebung und Treue gewidmet.

Ein dauerndes dankbares Gedenken bleibt ihm über das Grab hinaus gesichert.

Stolp, den 22. März 1927.

Namens des Kreisausschusses und des Kreistages  
des Landkreises Stolp.

Dombois,  
Landrat.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Betrifft Handwerkskammerbeiträge.

Der Beitrag der Stadtgemeinde Stolp zu den Kosten der Handwerkskammer in Stettin für das Rechnungsjahr 1927 ist seitens der Stadt vorläufigweise bezahlt und soll nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften von den hiesigen Inhabern der Handwerksbetriebe wieder eingezogen werden.

Die Einziehung der von der Handwerkskammer in Stettin festgesetzten Einzelbeiträge erfolgt in nächster Zeit durch die städtischen Vollziehungsbeamten.

Die im Rückstand verbleibenden Beträge werden wie Gemeindeabgaben beigetrieben.

Stolp, den 21. März 1927.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Dringende Warnung vor dem Zuzug vom Lande nach Stolp.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen ländliche Familien nach Stolp ziehen in der Hoffnung, dort ein besseres Fortkommen zu finden. Gewöhnlich beziehen diese Familien irgend eine Notunterkunft und hoffen in absehbarer Zeit eine Wohnung in Stolp zu erhalten. Die Wohnungsnot in Stolp ist so groß, daß heute noch Familien seit dem Jahre 1919 wohnungssuchend und nicht untergebracht sind. Wer also heute nach Stolp zieht, hat auf viele Jahre hinaus keine Aussicht, eine Wohnung zu erhalten. Außerdem sind die Arbeitsverhältnisse in Stolp so schlecht, daß die Zuziehenden regelmäßig auf lange Zeit erwerbslos werden.

Es kann daher gar nicht dringend genug vor dem Zuzug vom Lande nach Stolp gewarnt werden.

Stolp, den 19. März 1927.

Der Magistrat.

### Billige Seife

Pa. Oberschale, 5 teilig	Riegel 65 Pfg.
Pa. " " 5 teilig	Riegel 75 Pfg.
Pa. " " 5 teilig	1000 gr 95 Pfg.
Pa. Kernseife	gr. Doppelstück 38 Pfg.
Pa. " "	gr. Doppelstück 45 Pfg.
Pa. " "	gr. Handstück 38 Pfg.
Pa. Talgkorn-Seife	45 und 40 Pfg.
Aristall-Soda	2 Pfund nur 15 Pfg.

### Toilette-Seifen, allergrößte Auswahl

Stück 7 1/2, 10, 15, 20, 25, 30 usw.  
sowie alle Marken-seifen

Bitte beachten Sie mein Schaufenster!

Max Reimann, Seifen-Spezialhaus  
nur Schmiedestraße 7.

## Umpressen u. Färben von Damen-Sommer-Hüten

— besorgt schnell und billig —

### Erste Stolper Hutpresserei

Frieda Behnke — Schulstraße 6.

Neueste Formen eingetroffen!

## Stadttheater

Telephon 419.

Donnerstag, den 24. März  
8 Uhr

Zum letzten Male!

„Hoffmanns Erzählungen“  
Oper von Offenbach.

Freitag, den 25. März  
8 Uhr

Zum letzten Male und  
Ehrenabend für Erich Hahn

„Alt-Heidelberg“  
Schauspiel in 5 Akten  
von Meyer-Förster.

Für Neu-Warbelow wird

1 Deputant

mit 2 Hofgängern  
zum 1. April gesucht.

Neigte.

### Tornister

in großer Auswahl von  
2,45 Mt. an, in Leder von  
7 — an

### Aktenaschen

in Leder und Wachs-tuch  
Leder von 4,95 Mt. an  
Taschen, Federkästen,  
Schwämme, Griffel,  
Frühstückstaschen

empfiehlt zu billigsten Preisen

### Max Reimann

Seifen-Spezialhaus  
nur Schmiedestr. 7.

## Holzpanzoffeln

liefert billig

### U. Bärtschdorf

Dürr-Röhrsdorf in Sachsen  
Wiederverkäufer hoher Rabatt.

### Kirchliche Anzeigen

St. Marien.

Donnerstag, den 24. März  
abds. 8 1/4 Uhr Passionsan-  
nacht:

Pastor Botke

von Lettow-Bomeiste-Stift.

Donnerstag, den 24. 3. 1927  
vorm. 11 Uhr Abendmahls-  
gottesdienst:

Sup. Dr. Witte.

St. Spiritus-Kapelle.

Donnerstag, den 24. März  
nachm. 5 Uhr Abendmahls-  
gottesdienst:

Pastor Botke.

## Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

### Uhrmacher C. Haar

Markt 19.

Die Liebe  
höret nimmer auf!

### Das Grabkreuz, den Grabstein, die Grabeinfassung

kaufen Sie günstig bei

### Adolf Peglow

Stolp, Präsidentenstr. 24  
gegr. 1880<sup>7</sup> Tel. 282

Viele 100 zur Auswahl  
neue Preise-Teilzahlungen

Aus Pietät betrete ich un-  
gerufen kein Trauerhaus.

## Das Stolper Adreßbuch

für 1927

ist erschienen und bei uns  
erhältlich.

### F. W. Feiges Buchdruckerei

Präsidentenstr. 45  
Fernsprecher 18.

## Hafer u. Gerste

kauft und tauscht  
vorteilhaft gegen  
Haferflocken  
Hafergrüße  
Gerstgrüße  
Buchweizengrüße  
Gries, Reis  
Mehl, Erbsen  
Futtermittel

### Max Schwarz

Mönchstraße 11  
(am Mühlentor)

## Uhren-



### Reparaturen

sauberste und schnellste  
Ausführung.

== Billigste Preise. ==

## Kunst

Uhrmacher

Holstentorstrasse 5.

## Dorschmehl

### Brockmanns- Futterkaff

bietet an

### Carl Schröder.

S. W. Feiges

### Buchdruckerei

Stolp i. Pom.

Serncruf 18 Präsidentenstr. 45

Anfertigung von

### Drucksachen

aller Art  
in schwarz und farbig.